



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (Vom 21. bis 27 August)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Reichs Spiegel

(Vom 21. bis 27. August)

Auswärtige und innere Politik

Bismarck und Frankreich — Der Große Generalstab — Fashoda — Die Marokkofrage eine wirtschaftliche Angelegenheit — Kaltlosigkeit der alldeutschen Argumente — Die schwarzen Armeekorps keine Gefahr — Innere Kolonisation — Sir Fairfax Cartwright

Wenn je, so muß es jetzt dem deutschen Politiker zum Bewußtsein kommen, wie schwerwiegend und weittragend der Entschluß war, als die deutsche Diplomatie im Jahre 1898 die Franzosen der Macht Albions preisgeben mußte. Es bedurfte eines Wortes von deutscher Seite und Frankreich konnte ohne Krieg über England triumphieren. Frankreich konnte zudem von der Ehrlichkeit der deutschen Politik überzeugt werden, ohne daß Deutschland einen Soldaten mobil machte und auch nur einen Quadratfuß Landes preisgab. Die Rede, die am 25. August Sir Fairfax Cartwright gehalten, hätte verbis mutandis im Dezember 1898 der deutsche Botschafter zu Paris halten müssen. Dann ständen wir heute nicht vor der dreifachen Herausforderung der Briten, und die marokkanische Frage wäre wahrscheinlich nicht zu dem unglücklichen Stadium gekommen, in dem sie sich heute befindet.

Bismarcks Politik Frankreich gegenüber war von dem Tage nach Sedan an getragen von Rücksichtnahmen und dem Bestreben, die Wunden vernarben zu lassen, die er selbst dem Feinde schlagen mußte. Bismarck hat sich selbst nicht gescheut, in Dingen nachzugeben, in denen er hätte fordern dürfen, um das Gefühl der Franzosen zu schonen. Doch während seiner Amtszeit bot sich keine Gelegenheit, bei der er hätte durch die Tat beweisen können, wie ehrlich es ihm um die Freundschaft Frankreichs zu tun war. Im Gegenteil, die herausfordernde Haltung der französischen Nationalisten und die schon im Jahre 1875 ernsthaft einsetzenden Bemühungen, ein Bündnis mit Rußland zustande zu bringen, zwangen ihn, auf der Hut zu sein, zwangen ihn, den Grenzschutz im Westen besonders im Auge zu halten und schließlich den Dreibund zu schaffen. Als der Reichsschmied dann in den Ruhestand trat, war Deutschland vorbereitet zum Zweifrontenkrieg und der Große Generalstab hatte nebeneinander zwei Schulen von Truppenführern ausgebildet, deren eine für den Krieg gegen Rußland, deren andere für den Krieg gegen Frankreich eintrat. Bei der militärisch durchtränkten Struktur unseres Staatswesens, bei dem engen Zusammenarbeiten zwischen dem Großen Generalstab und dem Auswärtigen Amt mußte nach des Altmeisters Rücktritt mit

logischer Notwendigkeit das Werkzeug zum Selbstzweck werden und die große Idee zurücktreten, derenwegen die beiden Schulen geschaffen waren. Als dann im Jahre 1898 der Major Marchand Frankreich nach Fashoda geführt hatte, war in Deutschland vergessen worden, daß Bismarck nicht deshalb gegen Frankreich rüstete um es im geeigneten Augenblick zu überfallen und zu demütigen, sondern um es von einem Angriff auf Deutschland abzuhalten. Der endgiltige Friede zwischen den beiden Nationen sollte auf Grund gegenseitiger Hochachtung möglich werden. Deutschland überließ die Franzosen bei Fashoda ihrem Schicksal. Neben romantischen Anschauungen, die in der Stammesverwandtschaft zwischen Briten und Deutschen ihren Ausgang fanden, spielten höfische Rücksichten mit; aber auch reale, wirtschaftliche Erwägungen spielten mit. Frankreichs Art zu kolonisieren und die kolonisierten Gebiete gegen jeden nicht französischen Handel abzuschließen ermunterte nicht zur Unterstützung gegen die Engländer, die im allgemeinen die ihnen angeschlossenen Gebiete liberal dem Welthandel öffneten. So wurde Fashoda eine Schlappe für die Franzosen, — wie heute feststeht, eine sehr schnell überwundene Schlappe. Frankreich und England kommen zu Verträgen, durch die sie sich Afrika teilen und England konnte sogar, von Frankreich unbehelligt, die Burenrepubliken niederringen, während Frankreich in Marokko die „Tunisierung“ vorzubereiten vermochte.

Der günstige Augenblick, der Frankreich auf Jahrzehnte auf die deutsche Seite gegen England bringen konnte, ist unwiederbringlich vorbeigezogen, und Deutschland wird durch Herrn Cartwright unliebsam an eine Rede erinnert, die am 7. Dezember 1898 Herr Monson als englischer Botschafter in Paris gehalten hat.

Durch das Auftreten Cartwrights in Wien ist die Marokkoangelegenheit plötzlich in ein ganz neues und gefährliches Stadium getreten. War sie am 24. August noch eine wirtschaftliche Frage, ein Rechenexempel, so ist sie heute eine Ehrensache des deutschen Volkes. Das unglaublicher Weise durch eine deutsche Korrespondenz, die Anspruch erhebt ernst genommen zu werden, provozierte Dementi ändert an der Tatsache nichts. Nur eine bündige Erklärung, daß der Herr Botschafter überhaupt nichts — weder direkt noch indirekt — mit dem Artikel zu tun habe, könnte uns überzeugen. Im übrigen ist es gleichgültig, was jetzt noch wegen des Artikels vorgebracht wird: er hat, wie die französische Presse zeigt, die gewollte Wirkung gehabt, indem er es den Franzosen noch mehr wie bisher erschwert sachlich zu verhandeln. Und darin liegt die Gefahr, die Herrn von Kiderlens freimütig-entgegenkommende und doch bestimmte Art zu verhandeln bisher gebannt hatte. Die Verhandlungen zwischen Herrn v. Kiderlens und Herrn Cambon werden voraussichtlich nicht vor Ende dieser Woche wieder aufgenommen werden. Es ist darum gut, einmal noch in aller Ruhe darzulegen, was eigentlich Reales in der Marokkofrage steckt und wo das Beiwerk anfängt; dann wird es auch möglich sein festzustellen, wo die Kriegsgefahr herkommt.

Die Marokkofrage war vom Tage ihres Erscheinens an für Deutschland eine rein wirtschaftliche Frage, und unsere Diplomatie hat sie niemals anders behandelt als im Rahmen des Prinzips der offenen Tür, das sie in allen Landen zur Geltung zu bringen strebt. Dieser Gedanke bildet die Grundlage des Abkommens vom 3. Juli 1880, das noch Bismarck abgeschlossen,

ebenso wie des deutsch-marokkanischen Handelsvertrages vom 1. Juli 1890, wie der Algeirasakte vom 7. April 1906 (Art. 105), wie des deutsch-französischen Marokkoabkommens vom 9. Februar 1909, wie schließlich des französisch-marokkanischen Abkommens vom 4. März 1910, das wesentlich unter dem Druck der deutschen Diplomatie zustande gekommen ist. Dem Prinzip der offenen Tür stellte Kaiser Wilhelm der Zweite seine persönlichen Dienste zur Verfügung, als er am 31. März 1905 in Tanger landete. Studiert man die angeführten Akten der Marokkofrage und was dazu gehört unbefangen, so bekommt man auch ein richtiges Bild von der Aufmerksamkeit, mit der unsere Diplomatie von Anfang an und noch lange bevor deutsche Unternehmer sich in nennenswerter Zahl für das Land am Atlas interessierten, die Vorgänge in Nordwestafrika verfolgte. Erst im Jahre 1904 verstand es der kühne Theobald Ziegler, die deutschen Industriellen für Marokko lebhaft zu begeistern, und erst das Jahr 1906 brachte einen der Herren Mannesmann gelegentlich seiner Hochzeitsreise zufällig in das Land der Scherifen. Nachdem aber z. B. Herr Thyssen erkannt hatte, daß in Marokko Vorteile für seine industriellen Unternehmungen herauszuschlagen seien, arbeitete er mit Theobald Ziegler einen diplomatischen Feldzugsplan aus und versuchte, das Auswärtige Amt zu zwingen, ihn sich für sein ferneres Vorgehen in Marokko zur Richtschnur zu nehmen. Thyssens Vorschläge liefen darauf hinaus, Deutschland solle seinen Kampf um die offene Tür erweitern zu einem Kampf um den politischen Einfluß in Marokko, und dort gerade die Mittel anwenden, die es bisher Frankreich zu verwehren strebte. Auf Grund seiner Kenntnis der historischen Entwicklung der Marokkofrage ebenso wie in richtiger Bewertung der inner-marokkanischen Zustände lehnte Fürst Bülow derartige Vorschläge ab und verwies die deutschen Interessenten auf den Weg, den der deutsche Handel seit der Reichsgründung mit wachsendem Nutzen gegangen ist, auf den Weg der freien Konkurrenz. Und nun begann die deutsche Presse Peter und Paul zu schreien und ganz besonders nach dem Kaiserbesuch in Tanger die Diplomatie der Schändung deutscher Ehre anzuklagen. In Wirklichkeit konnte weder im Jahre 1905 noch kann jetzt davon die Rede sein. Das deutsche Reichs- und Volksinteresse läuft nicht immer parallel mit den Wünschen und Unternehmungen einzelner, und wenn auch jeder einzelne Staatsbürger im Auslande sich auf die Wahrnehmung seiner Interessen durch das Reich muß verlassen können, so haben die obersten Reichsinstanzen doch in jedem Falle abzuwägen, ob nicht die Unterstützung eines einzelnen dem Wohle der Gesamtheit zuwiderläuft. Diese Auffassungen sind den Herren Mannesmann klargelegt worden, und da sie dagegen nichts haben gut einwenden können, haben ihre journalistischen Helfershelfer Wege gesucht, auf denen sie glauben, das Einzelinteresse der Herren Mannesmann mit dem der Gesamtheit zu decken. Wie solches geschehen, habe ich bereits in Nr. 32 der „Grenzboten“ angedeutet und habe auch gezeigt, auf welche Argumente sich die Blätter der Schwerindustrie und einige Unentwegte bei ihrem Vorgehen in der Marokkofrage stützen, um sie zu einer allgemein deutschen zu erheben. Wie ich mit Genugtuung feststellen darf, hat besonders der Hinweis auf die Unmöglichkeit, Menschen in genügender Zahl aus Deutschland zu exportieren, seine Wirkung nicht verfehlt. Heute darf ich die beiden weiteren Gründe unter die Lupe nehmen, denen zuliebe Deutschland einen Weltkrieg beginnen soll. Als das wichtigste Argument wurde die

Erwerbung der Bergbaukonzessionen anerkannt. Nun erzählt uns aber Abrecht Wirth, nach Mittheilungen deutscher Geologen sei Deutschlands Bedarf an Eisenerz für etwa zweihundert Jahre durch Inlandsschätze gedeckt. Entspricht diese Angabe der Wirklichkeit, dann fällt jede Besorgnis in dieser Beziehung in sich zusammen, und vor allen Dingen eine gewissenhafte Diplomatie begründet darauf nicht ihre der Gegenwart dienenden politischen Maßnahmen. Gewiß eröffnen die Verhandlungen mit Schweden gelegentlich des letzten Handelsvertrages manche unangenehme Perspektive, aber sie berechtigen uns noch lange nicht dazu, unsere Reichspolitik lediglich danach zu orientieren, wo sich auf der Erde die Erzlager befinden. In zweihundert Jahren sind entweder die Zollgrenzen zwischen Deutschland und Schweden längst gefallen oder die deutsche Chemie macht uns Eisen aus den Abfällen der Städte. Mit anderen Worten: auch die Sicherstellung des Erzbedürfnisses rechtfertigt eine Abenteuerpolitik in Marokko nicht, wie sie uns von den Alldeutschen vorgeschlagen wird.

Ein Argument, das in den letzten Tagen wieder stärker in den Vordergrund gehoben wird, wurde in Heft 32 nicht berührt: ein militärpolitisches. Unsere Patrioten fürchten, Frankreich werde zugleich mit der Gewinnung Marokkos die Möglichkeit erhalten, drei Armeekorps mehr an die deutsche Grenze zu schicken; aus Marokko werde es allein neunzigtausend gute Soldaten ziehen können. Diese Auffassung ist gedankenlos aus dem *Matin* übernommen, der sie gelegentlich in die Welt setzte, um einer französischen Finanzgruppe die Füllung ihrer Taschen zu erleichtern, und vielleicht auch, um in Deutschland zu beunruhigen. Da dieser Unsinn aber von deutschen Generalen geglaubt und in der deutschen Presse ernsthaft erörtert wird, muß er auch an dieser Stelle ernsthaft abgetan werden. — Marokko, ein Land so groß wie Frankreich, hat etwa sieben bis acht Millionen unkultivierter Einwohner, die, staatlich nur sehr lose organisiert, einander dauernd bekämpfen. Seit ungefähr dreißig Jahren sind Frankreich und Spanien bemüht, die Reste des völkischen Staates zu beseitigen und europäische Einrichtungen an ihre Stelle zu setzen, nicht ohne einander dabei zu belästigen. Wie aus den Besprechungen, die seinerzeit zum Sturze Delcassés führten, zu erkennen ist, glaubte dieser französische Minister, die Arbeit Frankreichs werde etwa um 1934 so weit gediehen sein, daß die Republik von Marokko Besitz ergreifen könnte. Selbst angenommen, dieser Termin würde eingehalten, könnte somit Frankreich frühestens in zwanzig Jahren mit der Organisation marokkanischer Regimenter beginnen und frühestens nach Ablauf weiterer zehn Jahre mit einer bis zu gewissen Grenzen ausgebildeten marokkanischen Truppenmacht rechnen. So lange hat es ungefähr mit den Zuaven aus Algier gedauert. Ob diese Truppenmacht, die mit Rücksicht auf die Ausbildungsschwierigkeiten doch in erster Linie aus Infanterie bestehen könnte, auch schon so gut diszipliniert wäre, daß sie mit Nutzen die weißen Truppen im Feuergefecht ersetzen könnten, möchte ich nicht entscheiden. Viele militärisch-technische Momente sprechen dagegen. Die Turkos und Zuaven aber haben sich vor vierzig Jahren gut geschlagen. Dagegen muß die Tatsache unangefochten bleiben, daß ein eben annektiertes Land, dessen Bevölkerung so ausgesprochene Heimatliebe zeigt wie die marokkanischen Stämme, einer starken Truppenmacht bedarf, um die Interessen des Usurpators zu schützen. Darum würde Frankreich in der Stelle des Usurpators für neunzigtausend ausgehobene

und nach Europa verschifft Marokkaner mindestens dreißigtausend Franzosen nach Afrika entsenden müssen, ganz abgesehen von den Truppen, die im Süden bereit zu halten wären, um das aus Marokko verdrängte Spanien in Respekt zu halten. Der Abzug weißer Truppen mit guter Ausbildung von der Ostgrenze würde somit unverhältnismäßig viel größer sein, als der Zuzug schwarzer wieder zunehmen könnte. Im modernen Kriege gibt überdies die Zahl nur dann eine Übermacht, wenn sie von genügend geistigen und moralischen Eigenschaften ergänzt wird. Im Zeitalter der Schnellfeuergeschütze und Aeroplane spielt der schlecht schießende Infanterist eine noch geringere Rolle als früher. Selbst wenn Frankreich heute schon neunzigtausend Mann aus Marokko ziehen wollte, so würde ich darin keine Stärkung, sondern eine Schwächung seiner Ostarmeen sehen. Diese im Feuerkampf ungeübten, schlecht ausgebildeten halbwildten Söldner würden niedergemäht von den Geschossen der deutschen Artillerie und Infanterie, wie einst englische Geschosse die Derwische im Sudan vernichteten. Doch wie gezeigt, die Gefahr ist gar nicht akut, sie droht frühestens in fünf und zwanzig bis dreißig Jahren!

Gibt es da wirklich kein anderes Mittel, als die Besetzung Marokkos, als den Weltkrieg, um ihr die Spitze zu nehmen? Ich meine, wenn das deutsche Volk dreißig Jahre hindurch planmäßig innere Kolonisation treiben wollte, wenn die Alldeutschen alle Lungenkraft, die sie zu Nutz und Frommen des Geldbeutels der Herren Mannesmann und sonstiger Groß- und Kleinunternehmer aufgewendet haben, in den Dienst einer Propaganda für innere Kolonisation stellen wollten, dann würden sie in zwanzig bis dreißig Jahren dem schemenhaften Söldnerheer der Franzosen ein zahlenmäßig ebenso großes deutsches Volksheer, erwachsen in den Bauernhöfen der Ostmark, entgegenstellen. Wenn der Marokkohandel dieser Auffassung zum Siege verhelfen sollte, wenn aus dem Streit der Geister um Marokko der Wille entstehen könnte, Herrn v. Bethmann zu den großen nationalen Aufgaben in der innerdeutschen Politik zurückzuführen, dann wäre der Kampf nicht umsonst gewesen und wir gewönnen uns obendrein noch das Menschenmaterial, um später nachdrücklich auch an solchen strategischen Punkten der Erde zu kolonisieren, deren Besitz uns alsdann notwendig erscheinen wird.

So eng im Zusammenhang mit unsern deutschen Bedürfnissen betrachtet, zeigt uns die letzte Phase der Entwicklung der Marokkofrage, wie unendlich viele Fehler von seiten unserer nationalen Politiker insonderheit von den Alldeutschen begangen wurden. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als suchten sie die Bedeutung des Marokkohandels geistlich an einer andern Stelle, als wo sie tatsächlich zu finden ist. Man scheint lediglich in einem Kriege gegen Frankreich die Lösung zu erblicken und durch eingebildete und wirkliche Kränkungen geblendet, scheint man zu übersehen, daß der Feind ganz wo anders steht. Man drängt gegen Frankreich und scheint garnicht zu merken, daß man von England geschoben wird! Und doch müßte jedem Deutschen das Bewußtsein bereits in Fleisch und Blut übergegangen sein, daß Albion kein Mittel unversucht läßt, um die natürliche Entwicklung Deutschlands zu hindern, um Deutschland zur Preisgabe seiner in schwerer ehrlicher Arbeit errungenen Weltstellung zu zwingen. Natürlich, ohne selbst auch nur einen Schuß dafür abzugeben! Im gegenwärtigen Augenblick liegt die begründete Absicht vor, Deutschland durch diplomatische Schachzüge gepaart mit Drohungen zu einem Rückzuge zu zwingen, der sachlich mit den

Marokkoverhandlungen nur sehr lose zusammenhinge, aber Deutschlands Ansehen in der ganzen Welt herabsetzen müßte, während England als machtvoller Lenker der Weltpolitik dastände. So zu sprechen erlauben mir die Ausführungen des britischen Botschafters, des Herrn Cartwright zu Wien, die sich in der Neuen Freien Presse finden. In Form einer Warnung vor dem Kriege wird hier gewissenlos der Krieg geschürt. Denn die an Deutschland von unberufener Seite gerichtete Aufforderung sich gefälligst vor Frankreich zurückzuziehen, zwingt uns erst recht die Kriegswaffe in die Hand zu nehmen und dem dreisten Burschen die Tür zu weisen, nicht um den Krieg zu beginnen, sondern ihn durch Festigkeit zu verhindern. Was die Reichsregierung angesichts der Herausforderung zu tun gedenkt, ist noch nicht bekannt, doch darf angenommen werden, daß sie in London um Aufklärung ersuchen wird. Vorläufig heißt es abwarten und dem Auslande klar machen, daß das deutsche Volk wie ein Mann geschlossen hinter seine Regierung tritt, sobald eine Gefahr an seine Landesgrenzen pocht. Keine Kritik! kein Schmähchen! sondern nur einmütiges sich fügen! Der Wille des deutschen Volkes sich von England keine Vorschriften machen zu lassen, sollte in mächtigen Akkorden das Erdenrund erzittern machen! Dann bleibt uns der Krieg, den kein Deutscher fürchtet, erspart.

G. C.

Bank und Geld

Der Liquidationsprozeß an der Börse — Erzwungene Etatsstellungen und Verluste — Rückwirkung der Börsentendenz auf die wirtschaftliche Lage — Kursrückgang der Reichsanleihe — Finanzielle Kriegsbereitschaft und Kurse der Staatspapiere — Deutsche Kolonialgesellschaft — Enttäuschungen — Diamantenzoll

Der Liquidationsprozeß an der Börse ist im raschen Fortschreiten begriffen. Zeitweise gewann die Situation sogar ein recht unbehagliches Ansehen, als die führenden Werte, vor allem die Montanpapiere Kursrückgänge erlitten, welche sonst nur zuzeiten einer Panik aufzutreten pflegen. Den Anstoß zu diesem Preisfall gab ein Börsengerücht über eine Verschärfung der Gegensätze in der Marokkofrage. Indessen war dies nur der äußere Anlaß. Tatsächlich tritt jetzt, unter dem Zusammenwirken verschiedener Umstände, politischer wie wirtschaftlicher Natur, das ein, was Kundige schon längere Zeit vorausgesehen haben: eine Reaktion gegen den so lange Zeit unbeschränkt herrschenden Optimismus, der das Kursniveau infolge der spekulativen Käufe des Publikums höher und höher getrieben hat, ohne auf die wirtschaftlichen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. Auch an dieser Stelle ist schon vor geraumer Zeit auf die Überladung der Spekulation hingewiesen worden. Insbesondere am Markte der gegen Kasse gehandelten Industripapiere kannte das Publikum keine Selbstbeschränkung mehr. Alle Warnungen wurden in den Wind geschlagen, und nun der Umschwung eingetreten ist, scheint eine gleich große Mutlosigkeit und Beängstigung die Herrschaft zu übernehmen. Das wäre wenig gerechtfertigt, da, wie wir wiederholt betont haben, die allgemeine wirtschaftliche Lage gerade jetzt eine bessere Aussicht für die Zukunft zu bieten scheint, als noch vor einigen Monaten. Allerdings ist zweierlei nicht zu übersehen. Einmal, daß ein eingeleiteter Liquidationsprozeß von dem gegenwärtigen Umfang nicht leicht zum Stillstand gebracht werden kann. Ein Keil treibt hier den anderen.

Die Notwendigkeit, Nachschüsse auf die mit Bankkredit gekauften Wertpapiere zu leisten, die Furcht, den erlittenen Verlust ins Ungemessene wachsen zu sehen, die ablehnende Haltung der Banken und Depositenkassen, welche plötzlich in der Kreditgewährung ebenso rigoros werden als sie vordem freigebig erschienen, erzwingt immer neue Verkäufe. Dieser Prozeß wird sich daher, wenn auch unter Schwankungen, so lange fortsetzen, bis eine genügende Reinigung des Marktes von schwachen Elementen erfolgt ist. Diesen Zeitpunkt vorauszusehen ist natürlich unmöglich. Erschwert wird jedenfalls die Situation dadurch, daß die gleichzeitig in New York auftretende Deroute dem Publikum außerordentliche Verluste zugefügt hat. Der Kursrückgang in New York kam so überraschend, war anscheinend so unmotiviert und nahm sofort derartige Dimensionen an, daß ein Rückzug nicht mehr möglich war. Wenn man bedenkt, daß das Kursniveau der hauptsächlichsten amerikanischen Spielpapiere um 10, 15 ja 20 Prozent binnen vierzehn Tagen gefallen ist, daß zu diesen Werten u. a. auch die Kanada-Aktie gehört, die man auf Grund ihrer besonderen Verhältnisse als ein Papier von fast unbegrenzter Steigerungsfähigkeit betrachten wollte und deshalb mit Vorliebe zur spekulativen Anlage wählte, so ist es nicht schwer einzusehen, daß die erlittenen Verluste ganz beträchtliche sind und die Widerstandskraft gegen die Schwankungen an der heimischen Börse lahmlegen müssen. Und als zweiter Punkt kommt hinsichtlich der Beurteilung der Gesamtlage in Betracht, daß eine starke und dauernde Verschlechterung der Börsentendenz in der Regel eine ungünstige Rückwirkung auf die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse ausübt. Die Börse hat einen starken und naturgemäßen Einfluß auf die Konjunktur, so lebhaft man das auch von gewisser Seite bestreitet. Sie wirkt suggestiv. Das zeigt sich sowohl im Stadium der Aufwärtsbewegung, als besonders scharf beim Niedergang. Nicht nur die materiellen Verluste, welche die Börse selbst und in weit höherem Umfang das Privatpublikum erleiden, kommen als eine schwerwiegende Einbuße an Nationaleinkommen und Kaufkraft in Betracht, sondern mehr noch der Rückgang des Vertrauens, der wirtschaftlichen Zuversicht, das Schwinden von Unternehmungslust und Tatkraft. Solche psychischen Zustände sind ansteckend und sie verbreiten sich nur allzusehnlich von der Börse aus in die Kreise von Handel, Gewerbe und Industrie, vornehmlich dann, wenn auch die Banken, dieses wichtige Mittelglied zwischen Produktion und Geldmarkt, in ihrer Geschäftspolitik und Kreditgewährung erkennbare Zurückhaltung zu üben anfangen. Diese Erscheinung ist schon jetzt in Amerika deutlich erkennbar. Die Börsenderoute hat den Eisenmarkt, der gerade einen kräftigen Anlauf zur Besserung genommen hatte, auf das ungünstigste beeinflusst, wie aus dem letzten Bericht des Iron Age zu ersehen ist. Und dieser ungünstige Marktbericht verschärft nun wieder seinerseits die Mißstimmung der Börse. Es wäre daher zu wünschen, daß die augenblickliche unerfreuliche Börsenlage nicht in ein schleichendes Siedtum ausarte. Vielleicht, daß die günstige Lösung des Marokkokonflikts, die ja bevorzustehen scheint, und die leichte Disposition des Geldmarkts der Börse die Kraft verleihen, die Krisis schnell zu überwinden.

Eine besonders unerfreuliche Begleiterscheinung der rückgängigen Börsentendenz war es, daß auch unsere dreiprozentige Reichsanleihe mit in den Strudel der Bewegung gezogen wurde. War auch die Kurseinbuße von einem halben Prozent, den sie am kritischen Tage erlitt, absolut genommen nicht beträchtlich, so

fällt sie dagegen um so mehr ins Gewicht, wenn man den augenblicklich niedrigen Kursstand des Papiers in Betracht zieht. Bleibt dieser doch um fast 3 Prozent gegen den Januar Kurs zurück und um nicht weniger als 17 Prozent gegen den Höchstkurs, den die Anleihe im Jahre 1895 erreicht hatte. Bezeichnend ist es, daß man diesen Rückgang auf politische Gründe und namentlich auf große Verkäufe von französischer Seite zurückführen wollte. Ein solches ostentatives Eingreifen französischer Finanzkreise in die Kursbewegung der Reichsanleihe war schon einmal, bei Beginn der Marokkoaffäre, versucht worden, ohne zu einem dauernden Erfolg zu führen. Damals stand die Berliner Börse dieser politischen Streitfrage ziemlich gelassen gegenüber; der leichte Geldstand vermehrte die Nachfrage zu Anlagezwecken, wie die Zahl der Mehreintragungen in die Staatsschuldbücher beweist. Jener Angriff auf den Kursstand der Reichsanleihe konnte daher mit Hilfe einer weitergehenden Intervention der Seehandlung und der Banken leicht abgeschlagen werden. Wenn nun der Versuch, den Austrag der politischen Differenzen auch auf das finanzielle Gebiet zu verlegen, sich in einem kritischen Moment wiederholt hat, und mit etwas größerem Augenblickserfolg, so lenken diese Vorgänge die Aufmerksamkeit auf die wichtige Rolle, welche der Kursstand unserer Anleihen in Ansehung der finanziellen Kriegsbereitschaft spielt. Je ungünstiger der Kursstand schon in normalen Zeiten ist, um so schwieriger wird sich die Lage dann bei Ausbruch eines Krieges gestalten müssen. Ist ein solcher schon an sich unausbleiblich mit einer Erschütterung des Kurses verbunden, so wird, wie die gegenwärtigen Vorgänge lehren, von gegnerischer Seite kein Mittel unversucht bleiben, um dem Staatskredit einen schweren Stoß zu versetzen und durch einen Angriff auf den ohnehin wankenden Kurs der Staatsanleihen finanzielle Verwirrung hervorzurufen. Es gilt solchen Möglichkeiten tunlichst vorzubeugen. Es mag dahin gestellt bleiben, ob die von gewichtiger Seite vertretene Ansicht, daß in einem zukünftigen Krieg Deutschland die vorläufigen Kosten nicht durch Anleihen, sondern durch Steuern und Notenausgabe mit Zwangskurs aufbringen müsse, richtig ist oder nicht. Es spricht manches für diese Auffassung. Zunächst die unzweifelhafte Tatsache, daß Deutschland die erforderlichen Anleihen nur im Inlande aufnehmen könnte, und daß, wie das Beispiel der Kriegsanleihe von 1870 zeigt, patriotische Begeisterung einen finanziellen Mißerfolg nicht zu verhüten vermag, wenn die realen Voraussetzungen eines Erfolges mangeln. Sodann die Wahrscheinlichkeit, daß es der Reichsbank, ebenso wie 1870 der Bank von Frankreich, möglich sein wird, den Zwangskurs der Noten ohne ein erhebliches Disagio derselben für die Dauer eines Krieges durchzuhalten. Näher auf diese Streitfrage einzugehen ist hier nicht der Ort; aber auch wenn man sich jener Ansicht anschließt, so erscheint es auch von diesem Standpunkt aus kaum minder wichtig, bei Zeiten für eine entsprechende Ausgestaltung unserer Staatsanleihen zu sorgen. Denn schließlich wird trotz anderer provisorischer Maßregeln ein Zurückgreifen auf den Anleihkredit sich nicht vermeiden lassen. Andererseits aber hat der Staat auch ein vitales Interesse daran, daß die Bewertung und Beleihung seiner Anleihen, die er ohnehin durch Errichtung besonderer Kriegslombardkassen unterstützen muß, nicht mit schweren Vermögens-einbußen in einer so kritischen Zeit verbunden ist. Die gegenwärtigen Erfahrungen werden daher wohl die Regierung bestimmen, mit größter Entschiedenheit den Plan zu verfolgen, durch Heranziehung der Sparkassen und Versicherungsgesell-

schaften den Abnehmerkreis unserer Staatspapiere zu erweitern und die Marktverhältnisse derselben zu verbessern. Wir haben erst jüngst über diese Absicht, soweit die Sparkassen in Frage kommen, berichtet. Was die Versicherungsgesellschaften betrifft, so gibt der soeben erschienene Jubiläumsbericht des Aufsichtsamtes für Privatversicherung guten Aufschluß über die Zweckmäßigkeit und die eventuelle Tragweite einer solchen Maßregel. Nach den Feststellungen des Amtes beliefen sich Ende 1909 die gesamten Kapitalanlagen der ihm unterstellten Versicherungsgesellschaften auf 5,1 Milliarden Mark, wovon die Lebensversicherungsgesellschaften mit 4,3 Milliarden den Löwenanteil beanspruchen. Von dieser Gesamtanlage bestanden 79,7 Prozent in Hypotheken und nur 7,8 Prozent in Wertpapieren. Bei den Lebensversicherungsgesellschaften ist das Verhältnis noch ungünstiger, weil hier die Hypothekenanlage bis auf 85,5 Prozent steigt und der Wertpapierbestand auf 2,7 Prozent sinkt. Von dem 4,3 Milliarden betragenden Hypothekenbestand entfällt der weitaus überwiegende Teil auf Beleihungen in den Großstädten und zwar vorzugsweise in Berlin. Namentlich die Millionendarlehen sind genau wie bei den Hypothekenbanken fast ganz in Berlin untergebracht (43 von 54 Einzeldarlehen). Betrachtet man diese Feststellungen, so wird man noch mehr wie bei den Sparkassen zu der Ansicht gelangen müssen, daß eine Einschränkung dieser hypothekarischen Anlage zugunsten eines größeren Bestandes in Staatspapieren durchaus wünschenswert und durchführbar ist. Es würde eine solche Vorschrift sich, genau wie bei den Sparkassen, selbstverständlich in vernünftigen Grenzen halten müssen, um nicht das Geschäftsertragnis der Versicherungsgesellschaften zu beeinträchtigen, sie großen Kursverlusten auszusetzen und die Versicherung selbst zu verteuern. Die Gesellschaften pflegen sich durch den Hinweis auf diese möglichen Folgen gegen die beabsichtigte Vorschrift zu verwahren. Solche Folgen sind aber durchaus nicht zu erwarten, wenn sich die Zwangsanlage nur auf einen Satz von fünf bis zehn Prozent beschränkt. Für den Markt der Staatsanleihen wäre schon eine solche Anlage eine bedeutende Unterstützung. Wäre doch mit einem allmählich zu beschaffenden Bestand von etwa 400 Millionen und mit jährlichen Zugängen von etwa 50 Millionen zu rechnen. Eine Beeinträchtigung des Geschäftes der Versicherungsgesellschaften ist, wie gesagt, nicht zu erwarten; sollte aber das Resultat doch eine Verminderung der Gewinnbeteiligung der Versicherten und damit eine Vertauung der Versicherung sein, so müßte eine solche eben in den Kauf genommen werden als ein verhältnismäßig geringes Opfer gegen die im Ernstfalle auf dem Spiele stehenden Gesamtinteressen.

Die deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika hat mit den Ergebnissen ihres Geschäftsberichtes dem schrankenlosen Optimismus der Kolonialschwärmer eine arge Enttäuschung bereitet. Der Abschluß der deutschen Diamantengesellschaft, des Tochterunternehmens der ersteren, welche den Abbau der Diamantfelder betreibt, bedeutet das Zugrabetragen der maßlosen Hoffnungen, welche sich an die Entdeckung der deutschen Diamantvorkommen anknüpfen. Diese Gesellschaft schüttet eine Dividende von ganzen $5\frac{1}{2}$ Prozent gegen vorjährige 10 Prozent an ihre Anteilseigner aus. 137000 Mark Jahreseinkommen, kaum die landesübliche Verzinsung für das investierte Kapital, ist also alles, was von dem berüchtigten Hundert-Millionen-Geschenk des Herrn Erzberger übrig geblieben ist, während der

Fiskus doch im Wege des Wertzolls und der Förderabgaben noch eine Einnahme von 1,6 Millionen sich sichern konnte. Kläglich ist gewiß niemals eine mit soviel Aplomb und Selbstüberhebung in die Welt gesetzte Finanzkritik ad absurdum geführt worden. Leider haben den Schaden zunächst die Anteilseigner der Kolonialgesellschaft zu tragen, die den Wert der Anteile sich um mehr als die Hälfte haben vermindern sehen, und angesichts des noch immer hohen Kursstandes weitere Einbußen befürchten müssen. Die Situation erscheint so unbefriedigend, daß die Interessentengruppe alle Hebel in Bewegung setzen, um eine Ermäßigung des Diamantenzolles herbeizuführen. Dieser ist jetzt ein Wertzoll in Höhe von 33 1/3 Prozent und liefert mit rund 10 Millionen Gesamtbetrag den Hauptteil der etwa 18 Millionen betragenden Einnahmen des Schutzgebietes. Er ist aber so hoch, daß angesichts der rapide steigenden Produktionskosten ein großer Teil der Vorkommen nicht mehr abbauwürdig erscheint. Man wünscht also eine Ermäßigung dieser Zolllasten und anscheinend ist das Reichskolonialamt diesem Verlangen nicht abgeneigt, soweit eine Veränderung der Verzollung — etwa in einer Besteuerung des Reingewinns mit steigenden Sätzen — sich ohne Verkümmern der Einnahmen des Fiskus durchführen läßt. Die Entscheidung wird von sehr schwierigen Vorfragen abhängen und wohl auch zu parlamentarischen Auseinandersetzungen führen. Für die ruhige Entwicklung unserer vielversprechenden Kolonie ist es jedenfalls ein Glück, daß das schon so bedrohlich aufgeloberte Diamantfieber im Erlöschen ist.

Spectator

Bücherliste

- Schawaller, Curt: Juliane. Leipzig, Kenien-Verlag. M. 2.—
 Schawaller, Curt: Nephi-Boseth. Leipzig, Kenien-Verlag. M. 2.—
 Weiß, Heinrich: Gudrun. Leipzig, Kenien-Verlag. M. 3.—
 Uffe, Beate: Unter der Lebensseife. Leipzig, Kenien-Verlag.
 Ehardt, Maria: Wenn das Käuzchen ruft. Leipzig, Kenien-Verlag.
 v. Bezold-Frischmann, Anna Cäcilie: Die Narrenfiedel und andere Skizzen. Leipzig, Kenien-Verlag.
 Dikens, Charles: Der Karitätenladen. Leipzig, Insel-Verlag. M. 6.—
 Weinreich, Otto: Der Trug des Nektanebos. Leipzig, B. G. Teubner. M. 4.—
 Bornhak: Preussisches Staatsrecht. 1. Band, 2. Auflage. Breslau, Alfred Langewort. M. 10.—
 Rohrbach, Dr. Paul: Deutschland unter den Weltvölkern. Berlin-Schöneberg Buchverlag „Hilke“. M. 4.50.
 Keller, Ludwig: Die geistigen Grundlagen der Freimaurerei und das öffentliche Leben. Jena, Eugen Diederichs' Verlag.
 Stern, Adolf: Die Ausgestoßenen. Roman in zwei Bänden. Leipzig, Kenien-Verlag. M. 7.—
 Pfuhl, Prof. Dr. Ernst: Die griechische Malerei. Leipzig, B. G. Teubner. M. 1.—

- Reidel, Dr. Heinrich: Die dramatischen Versuche des jungen Grillparzer. Münster i. W., Theissing'sche Buchhandlung. M. 2.—
 Fleischmann, Prof. Dr. Max: Wörterbuch des Deutschen Staats- und Verwaltungsrechts. Tübingen, J. C. B. Mohr. M. 4.—
 Lessings Briefe: Herausgegeben von Julius Peterfen. Leipzig, Insel-Verlag. M. 2.—
 Wolzendorf, Kurt, Dr. jur.: Polizei und Prostitution. Tübingen, J. C. B. Mohr'sche Buchhandlung. M. 2.—
 Fleischer, Horace: Die Eßsucht und ihre Bekämpfung. Deutsch von Dr. A. v. Borosini. Dresden, Holz & Pahl.
 Volkelt, Johannes: Kunst und Volkserziehung. München, C. F. Beck'sche Verlagsbuchhandlung. M. 2.80.
 Schäffer, Dr. C.: Natur-Paradoxe. Leipzig, B. G. Teubner. M. 3.—
 Frederichs, Karl Wilhelm: Ginevra. Rostock i. M., Kaufungen-Verlag.
 Spies, Heinrich: England im Spiegel des Auslandes. Berlin, Georg Reimer. M. 0.70.
 v. Hanstein, Otfried: Kinematographie und Schule. Berlin, Verlag der Sichtspiele-Mozartsaal.
 Pfäffel, Ernst: Ein glücklicher Mensch. Rostock, Kaufungen-Verlag. M. 3.—
 Graf, Hans Gerhard: Goethe in Verla an der Elm. Weimar, Gustav Kiepenheuer.
 Neuentow, Graf E.: Großbritannien, Deutschland und die Londoner Deklaration. Berlin, C. S. Mittler & Sohn. M. 1.25.

Verantwortliche Schriftleiter: für den politischen Teil der Herausgeber George Kleinow-Schöneberg, für den literarischen Teil und die Redaktion Heinz Amelung-Friedenau. — Manuskriptsendungen und Briefe werden ausschließlich an die Adresse der Schriftleitung Berlin SW. 11, Denburger Straße 22a/23, erbeten. — Sprechstunden

der Schriftleitung: Montags 10—12 Uhr, Donnerstags 11—1 Uhr.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 87.